

**Aus den Giftschränken des Kommunismus.** Methodische Fragen zum Umgang mit Überwachungsakten in Zentral- und Südosteuropa. Hrsg. von Florian Kühner-Wielach und Michaela Nowotnick. (Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Bd. 136.) Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2018. 472 S. ISBN 978-3-7917-2817-9. (€ 29,95.)

Der vorliegende Band vereint die – zum Teil erweiterten und ergänzten – Beiträge einer gleichnamigen interdisziplinären Tagung, die im April 2015 in Berlin als gemeinsame Veranstaltung des Instituts für deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin, des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (IKGS) sowie des European Network Remembrance and Solidarity (ENRS) stattfand. Er gliedert sich in vier Abschnitte: fünf Länderberichte (zu Deutschland, Rumänien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn), ebenfalls fünf Beiträge zu „Akten auf dem Prüfstand – Das Beispiel der Securitate“, zehn Aufsätze zu Akten als Quelle („Lesarten“) sowie einen einzelnen Beitrag zur Literarisierung von Akten. Die Beiträge in den umfangreichsten Kapiteln sind empirisch angelegt und nehmen insbesondere Minderheiten und Randgruppen in den Fokus. Ebenfalls enthalten sind eine sehr lesenswerte Einführung der Hrsg., drei Grußworte, ein Autorenverzeichnis und ein nützliches Personenregister. Während der übertragene Begriff des „Giftschrank“ auch und gerade im Bibliothekswesen für Prohibita Verwendung findet, steht in allen Beiträgen des zu besprechenden Bandes Aktenmaterial im Vordergrund des wissenschaftlichen Interesses, und zwar solches, das grob gesagt zwischen der jeweiligen kommunistischen Machtübernahme in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre und dem Umbruch 1989/90 entstand.

In dem ersten der für den Tagungsband zentralen Länderberichte thematisiert Hubertus Knabe „Die Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland“ und arbeitet dabei die wesentlichen Unterschiede zwischen der DDR und den übrigen sozialistischen Staaten heraus. Dadurch, dass die DDR quasi in der Bundesrepublik aufging, seien die ökonomischen Rahmenbedingungen besser als in allen übrigen Staaten gewesen, in den Bereichen Politik, Justiz und Medien hätten die „neuen Bundesbürger“ jedoch jeweils eine Minderheit gebildet und so nicht die Chance gehabt, maßgebliche Veränderungsprozesse der bestehenden Strukturen auszulösen. Knabe kommt zu dem – nach Lektüre der weiteren Beiträge womöglich zu hinterfragenden – Ergebnis, dass die Aufarbeitung des DDR-Unrechts nach der Wiedervereinigung eher mit weniger Verve betrieben worden sei als in einigen östlichen Nachbarländern. Als weiteres wichtiges Phänomen benennt er eine aus seiner Sicht gegebene Verharmlosung des DDR-Unrechts gegenüber dem im Nationalsozialismus, die – verbunden mit der insbesondere bei denjenigen ehemaligen DDR-Bürgern, die nicht zu den „Wendegewinnern“ gehörten, gelegentlich anzutreffenden „Ostalgie“ – dazu geführt habe, dass sich die Opfer der DDR-Diktatur letztlich nur als „Opfer zweiter Klasse“ (S. 41) gefühlt hätten.

Dragoș Petrescu beschäftigt sich mit der Zugänglichmachung der Akten der rumänischen Securitate sowohl unter sowohl juristischen als auch institutionellen Aspekten. Er sieht das rumänische Vorgehen als „Diffusion“ des deutschen Umgangs mit den Stasi-Akten, betont aber die Sonderposition Rumäniens: So sei das Ende des Kommunismus dort unerwarteter gekommen als in Ländern wie Polen und Ungarn, wo es Verhandlungsprozesse in Form von runden Tischen gab, zugleich sei es aber der blutigste Systemwechsel im gesamten Ostblock mit allein mehr als 1100 Todesopfern gewesen. Petrescus Analyse gliedert sich in vier Teile: Er behandelt die Debatte um die Öffnung der Securitate-Akten und die Einführung einer Durchleuchtung; das diesbezügliche Gesetz von 1999 und dessen höchsttrichterliche Beurteilung; die letztlich völlig gescheiterten Versuche, ein Lustrationsgesetz einzuführen; schließlich die informellen Vorgänge der Durchleuchtung ehemaliger Securitate-Mitarbeiter und -Informanten. Ergänzt wird der Beitrag durch eine detaillierte Darstellung des Nationalen Rates für das Studium der Securitate-Archive und der öffentlich, in der Regel sogar online, zugänglichen Quellen und Dokumente.

Petr Jašek, selbst Mitarbeiter des slowakischen Nationalen Gedächtnisinstituts (*Ústav pamäti národa*), stellt das Schicksal der slowakischen Geheimdienstdokumente aus der sozialistischen Zeit, ihre Nutzung wie auch ihren Missbrauch bis zur Gründung des Instituts 2002 sowie grundsätzlich ihre Verlässlichkeit bei der Beurteilung von damaligen Akteuren und ihren Handlungen in den Vordergrund. Er betont, dass in der Slowakei de facto keine strafrechtliche Verfolgung von Geheimdienstmitarbeitern und anderen politischen Akteuren für das von ihnen bis 1989 begangene Unrecht erfolgt sei (die einzige Ausnahme bilde General Alojz Lorenc), und schildert das aus seiner Sicht besonders infame Verfahren im Zusammenhang mit Vasil Biľak und seinem „Einladungsbrief“ an die Truppen des Warschauer Paktes als Legitimation für die Niederschlagung des Prager Frühlings. Die Schaffung des Nationalen Gedächtnisinstituts sieht er gleichwohl als einen positiven Schritt und als eine Voraussetzung für die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Staatssicherheit als dem „biggest predator in the jungle of the regime“ (S. 62), ruft aber gerade die damit beschäftigten Forscher zu einem sorgfältigen Umgang mit diesen Materialien und zu Respekt vor ihrer methodologischen Singularität auf, die er mit dem von ihm geschilderten journalistischen, d. h. vor allem auf Sensationen abzielenden Zugang kontrastiert.

Den vergifteten Charakter der Geheimdienstdokumente aus der sozialistischen Zeit beschreibt Martin Pražák in seinem Beitrag zur Situation in der Tschechischen Republik und begründet diese Giftigkeit mit ihrer Natur, dem Zeitpunkt ihrer Entstehung und ihrem Zweck. In klar strukturierter Weise beschreibt er die Entstehung der heute zuständigen archivischen Einrichtung für die Akten (*Oddělení archivních fondů operativních svazků a vyšetřovacích spisů*, Archiv bezpečnostních složek) sowie die wichtigsten Quellen zu Minderheiten (Juden, politischen Gefangenen, Kirchen- und Sektenmitgliedern, Roma und – in deutlich geringerem Maße – Homosexuellen) in den Geheimdienstarchiven und den Umgang mit ihnen. Er kommt dabei zu dem sehr kritischen Schluss, dass nicht nur im zeitlichen Umfeld der „Samtenen Revolution“ ab dem 17. November 1989 zahlreiche Unterlagen bewusst vernichtet worden seien, sondern auch in den 1990er Jahren sehr viel Material gezielt entwendet worden sei, um Personen entweder zu schützen oder bloßzustellen bzw. zu erpressen. Pražáks Beitrag ist unter den Länderberichten zweifelsohne der am stärksten an der Praxis orientierte (so schildert er anschaulich die Nutzungsmöglichkeiten der Archivdokumente, aber auch die spezifischen Gefahren einer falschen Interpretation der vorliegenden Informationen oder die Bedrohung der generellen Nutzbarkeit der Archive durch ein von ihm beschriebenes juristisches Grundsatzverfahren), seine Ausführungen stimmen aber auch besonders nachdenklich, wenn er etwa in seiner Schlussbetrachtung die Gefahr der Vergiftung des Forschenden selbst durch den Umgang mit diesem toxischen Material beschreibt oder die aus Unkenntnis der eigenen Geschichte resultierende Gefahr von deren Wiederholung thematisiert.

Abgeschlossen wird der Reigen der Länderberichte mit einem Beitrag zum Umgang mit den Akten der Staatssicherheit und der kommunistischen Vergangenheit in der heutigen ungarischen Erinnerungspolitik aus der Feder von Krisztián Ungváry, den dieser mit der Äußerung beginnt: „Wenn in Deutschland nach 1945 jahrzehntelang eine Kontinuität der NS-Elite feststellbar war, dann gilt dies für die Kontinuität der kommunistischen Elite in Ungarn in noch viel größerem Maße“ (S. 97 f). Gestützt auch auf seine eigene Zeiteigenschaft macht er deutlich, dass das Bild Ungarns als „der lustigsten Baracke“ (S. 99) in der sozialistischen Staatengemeinschaft nicht über die Verbrechen während der kommunistischen Herrschaft hinwegtäuschen sollte und es zugleich gerade Ungarn war, wo die frühere Staatspartei deutlichen und starken Einfluss auf die Transformation des Landes hin zur Demokratie nehmen konnte. Letztlich ist seine Darstellung in hohem Maße erschütternd, weil sie zum einen die fast unüberwindbar scheinenden Schwierigkeiten beim Zugang zum Archiv- und Quellenmaterial beschreibt und zum anderen deutlich macht, wie gering nach 1989 das Interesse auch der neuen Machthabenden war, die Unrechtstaten seitens der Geheimdienste in der Zeit der Volksrepublik tatsächlich auch strafrechtlich aufzuarbeiten.

Auf die weiteren Teile des Konferenzbandes kann hier aus Platzgründen leider nicht näher eingegangen werden. Den Vf. wie auch den Hrsg. ist aber für eine trotz der Themenvielfalt sehr konsistente Darstellung der Möglichkeiten und Grenzen bei der Erforschung der von den Sicherheitsdiensten stammenden Überwachungsakten und damit verbunden deren historischer Bewältigung zu danken. Die Beiträge sowohl in englischer wie in deutscher Sprache sind gut und flüssig lesbar. Allen, die sich für die zentral- und südosteuropäischen „Giftschränke“ des Kommunismus aus wissenschaftlicher Perspektive interessieren, ist der Band auch aufgrund vieler neuer Informationen und Überlegungen nachdrücklich zu empfehlen. Der Aussage Roland Berbig vom Institut für deutsche Literatur an der Berliner Humboldt-Universität, der in seinem Grußwort Überwachungsakten als eine Textform charakterisiert, die „aus Ungeheuerlichem kommt, Ungeheuer gebiert und uns aus düsteren Gründen nicht geheuer ist“ (S. 17), kann man allerdings nur zustimmen, und so lässt die Lektüre sowohl der Akten als auch dieses Bandes über den Umgang mit ihnen viele Leser angesichts der sich eröffnenden Abgründe menschlichen Tuns sicherlich recht fassungslos zurück.

Marburg

Jürgen Warmbrunn

**Pauli A. Heikkilä: Estonia as a Captive Nation.** International Cooperation in Exile within the Assembly of Captive European Nations, 1954–1972. (On the Boundary of Two Worlds, Bd. 46.) Brill Schöningh. Paderborn 2021. XXII, 296 S., Ill., Tab. ISBN 978-3-506-79182-5. (€ 109,—)

Pauli Heikkilä has already published a book<sup>1</sup> and several research articles on aspects of the history of the Estonian exiles during the early phase of the Cold War. This time, he focuses on the Estonian activists who became involved with the work of the Assembly of Captive European Nations (ACEN) from 1954 to 1972. The ACEN was funded by the Free Europe Committee, which is best known for running the Radio Free Europe broadcast operation, and was one of the front organizations of that Committee. The ACEN was in fact an umbrella organization for ten exile committees and councils from nine Central European nations, so the work of the Estonia section studied in this book was only a fraction of the ACEN's work.

The question of the ACEN's place in the overall US anti-Communist strategy, both in terms of overt and covert measures, still remains very much unanalyzed and is not fully explored in this volume. However, it is known that the Free Europe Committee was founded in 1949 by the State Department and the CIA and received the bulk of its funding from government sources. When the CIA's involvement became clear in 1971, funding ceased and the organization was shut down in 1972.

The idea of the ACEN was to use Eastern European émigrés to gather information from behind the Iron Curtain and assist in anti-communist propaganda and other measures considered advisable by the CIA, in order to roll back or contain communism. Quite how the ACEN, and the Estonian group within it, fitted into grand strategy of the US we will not find out in this volume. However, in perhaps the most interesting part of the book (chapter 4.1., “Losing Foundations”), H. gives examples of the ideas of some Estonian activists on how the US should have tried to liberate Eastern Europe. He illustrates, but does not analyze comprehensively, how the change in US strategy from containment to coexistence created difficulties for Estonian émigrés glued to the idea of a rollback.

Unfortunately, much of the book is burdened with detail about internal squabbles among the Estonian diaspora politicians. That émigré politics was beset with intrigue hardly comes as a surprise. For these first-generation émigrés still finding their feet in their new home countries, the question of who would achieve which position (paid in American

<sup>1</sup> PAULI HEIKKILÄ: *Estonians for Europe: National Activism for European Unification, 1922–1991*, Bruxelles et al. 2014.